

ZUHAUSE

IN ERFURT

AUSGABE 2 (HERBST 2022)



DENNY MÖLLER INFORMIERT

KEIN KIND OHNE WARMES MITTAGESSEN

SPD-Landeschef Georg Maier kämpft für ein familienfreundliches Thüringen

LESEN SIE MEHR AUF SEITE 3

MITMACHEN: UNSER THÜRINGEN-RÄTSEL

Zeigen Sie Ihr Rätseltalent und gewinnen Sie ein Thüringen-Paket

RÄTSELN SIE MIT AUF SEITE 6

KEIN PLATZ FÜR NAZIS IN ILVERSGEHOFEN

Im Norden regt sich Protest gegen Nazis, die im Viertel Ärger machen

LESEN SIE MEHR AUF SEITE 7



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Öffentliche Daseinsvorsorge und wirtschaftliche Profitmaximierung passen weder mit einer verantwortungsvollen Absicherung der Energieversorgung noch der sozialen Infrastruktur und dem Bildungs- und Gesundheitswesen zusammen. Der Markt regelt nicht alles, besonders nicht die sozialgerechte Versorgung unserer Bevölkerung in Krisenzeiten. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, hat mit dem daraus resultierenden Energiekrieg gegen die Europäische Union, in den letzten Wochen und Monaten stetig neue Eskalationsstufen erreicht. Zudem zeigen uns bereits jetzt die Folgen des Klimawandels, dass wir schnellstmöglich die Nutzung fossiler Energieträger beenden müssen. Nur mit einer solidarischen Politik, die das Wohl der Bürgerinnen und Bürger über die exorbitanten Profite des freien Energiemarktes stellt, sind die Herausforderungen der nächsten Monate zu bewältigen. Wie diese solidarische Politik gestaltet werden soll, damit niemand für die Profite der Großkonzerne frieren muss, zeigten Bürger:innen in Erfurt unter dem Motto #nichtmituns gemeinsam mit dem DGB und seinen Gewerkschaften. Ein deutliches Signal, auf das die SPD eine klare Antwort hat: Deutschland packt das. Mit Entlastungen für jede und jeden Einzelnen, einer Gewinnabschöpfung für Übergewinne sowie der Einführung einer Strom- und Gaspreisbremse.

Ihr Denny Möller

HABEN SIE FRAGEN ODER ANREGUNGEN?

Schreiben Sie oder kommen Sie vorbei:

Wahlkreisbüro
Denny Möller (MdL)
Rathenaustraße 64, 99085 Erfurt

Telefon: 0361 66340460
E-Mail: info@dennymoeller.de

14,5 MILLIARDEN EURO FÜR DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU

Interview mit der Bundesbauministerin Klara Geywitz, SPD

Die Bundesregierung hat eine umfassende Reform des Wohngeldes angekündigt, auch wegen der Energiekrise. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird dabei deutlich ausgebaut. Menschen, die Wohngeld beantragen sind darauf angewiesen, dass die Bewilligung schnell und unkompliziert funktioniert. Wie schaffen wir das?

Es gibt in Deutschland aktuell 600.000 Haushalte, die einen Anspruch auf Wohngeld haben. Diesen steht seit Anfang des Jahres bereits mehr Wohngeld zu, weil die gestiegenen Kosten eingerechnet wurden. Das Wohngeld zu beantragen ist im Vergleich zu anderen Leistungen relativ unkompliziert. Trotzdem haben wir gesagt, wenn wir jetzt die größte Wohngeldreform seit der ersten Auszahlung auf den Weg bringen, dann müssen wir die gesetzlichen Grundlagen gleich so anpacken, dass die Wohngeldbehörden in den Kommunen weniger Aufwand haben. Wir sind da sehr schnell und sehr lösungsorientiert mit den Ländern und Praktikerrinnen und Praktikern ins Gespräch gegangen und haben Verbesserungsvorschläge aufgenommen. Ein Beispiel: Anstatt jedes Jahr vorweisen zu müssen, dass man noch Anspruch auf Wohngeld hat, muss das künftig erst alle 18 Monate nachgewiesen werden. Jetzt befindet sich unser Gesetzentwurf im Parlament, das darüber berät.

Wie können wir ganz grundsätzlich Menschen in der Krise vor steigenden Miet- und Mietnebenkosten schützen?

Die Bundesregierung hat drei Entlastungspakete beschlossen, die eine Vielzahl von Unterstützungen enthalten, von steuerlichen Erleichterungen über Zuschüsse zum Einkommen und Erhöhungen bei Kindergeld und Kinderzuschlag bis hin zum Wohngeld Plus und zwei Heizkostenzuschüssen für Wohngeldberechtigte. Das dritte Entlastungspaket enthält Hilfen sowohl für die einzelnen Menschen als auch für die Stabilisierung der Wirtschaft in einer Höhe von 65 Milliarden Euro. Mit unserer Wohngeldreform werden wir bis zu 4,5 Millionen Menschen mit geringem Einkommen unterstützen, damit sie die Kosten für Miete und Heizung bewältigen können. Dazu zählen Familien, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende, Studentinnen und Studenten, Auszubildende und Menschen in Alters- und Pflegeheimen. Übrigens können nicht nur Mieterinnen und Mieter Wohngeld beantragen, sondern auch Eigentümerinnen und Eigentümer. Das wissen leider noch zu wenige. Auch da wollen wir ab dem nächsten Jahr mehr informieren und helfen.



Klara Geywitz wuchs in Potsdam auf und hat drei Kinder

Aber nicht nur die Krise bringt Herausforderungen im Bereich Wohnen mit sich. Insbesondere in großen Städten wird Wohnen immer mehr zu Luxus. Wie können wir dieser Entwicklung begegnen?

Dem großen Bedarf an Wohnungen begegnen wir mit vielen Maßnahmen. Wir haben ein Bündnis bezahlbarer Wohnraum gegründet, an dem Vertreterinnen und Vertreter aus Ländern und Kommunen, von Verbänden der Immobilienbranche und der Wohnungswirtschaft, aus dem Mieterschutz, aus Umweltverbänden und Gewerkschaften teilnehmen. Dieses Bündnis haben wir ganz bewusst breit aufgestellt, da es sich um eine enorme gesellschaftliche Herausforderung handelt, in kurzer Zeit mehr Wohnraum zu schaffen. Auf unserem jüngsten Treffen im Oktober haben wir dafür gemeinsam rund 190 Maßnahmen beschlossen.

Außerdem stellen wir bis zum Jahr 2026 14,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Wir werden die Neubauförderung neu ausrichten und gerade auch hier Menschen mit geringen und mittleren Einkommen unterstützen. Um das Bauen zu beschleunigen, werden wir das serielle und modulare Bauen stärken, außerdem eine Geschäftsstelle ‚Serielles Bauen‘ einrichten. Wir brauchen Aufstockungen in den Städten, schnellere Genehmigungen und Verfahren, auch mittels Digitalisierung. Mit einem Programm „Junges Wohnen“ werden wir gezielt die Schaffung von Wohnraum für Auszubildende, für Studentinnen und Studenten fördern. An all diesen Themen sind wir dran, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.



„KEIN KIND OHNE WARMES MITTAGESSEN.“

Der Landesvorsitzende der Thüringer SPD will ein kostenloses Mittagessen für alle Kindergarten- und Schulkinder

Eine gute und ausgewogene Ernährung ist für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen besonders wichtig. Die tägliche warme Mahlzeit ist dafür ein wichtiger Baustein. Dass diese für jedes Kind zur Verfügung steht, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Leider wissen wir aber, dass es immer noch viel zu viele Kinder gibt, die nicht an der Mittagsversorgung im Kindergarten oder in der Schule teilnehmen und auch sonst keinen Zugang zu einem warmen Essen haben. Oft aus dem einfachen Grund, weil ihre Eltern zu wenig Geld für das Essengeld haben. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen, hier müssen wir handeln! Gerade

jetzt braucht es die Einführung eines kostenlosen Mittagessens für alle Kindergarten- und Schulkinder. Dafür kämpfen wir als SPD Thüringen. Die SPD ist die Familienpartei in Thüringen. Für uns ist klar: Gute Politik für Familien zu machen, ist ein zentrales Anliegen unserer Arbeit. Das gilt einmal mehr nach den letzten mehr als zwei Jahren Pandemie. Denn diese Jahre waren für Familien besonders belastend. Kindergärten und Schulen waren lange geschlossen und Eltern mussten parallel ihre Kinder im Home-Schooling betreuen und gleichzeitig ihrer Erwerbsarbeit nachgehen. Andere Familien waren von Kurzarbeit oder gar Kündigung betroffen. Das

hat Familien unter enormen Druck gesetzt und bei vielen zu finanziellen Sorgen geführt.

Wir wissen, dass das Vertrauen von Eltern in die Politik während der Pandemie gelitten hat. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe an, nun den Fokus besonders auf gute Politik für Familien zu richten. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der jetzt spürbar werdenden wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine. Steigende Preise für den täglichen Bedarf, wie Lebensmittel und Kleidung oder für Strom und Heizung, bedeuten für viele existenzielle Sorgen. Mit den Entlastungspaketen auf Bundes- und Landesebene kommt jetzt eine schnelle und direkte Unterstützung. Wir stehen dafür ein, dass niemand aufgrund der Energiekosten seine Wohnung verlieren darf oder die Heizung abgeschaltet wird.

Wir als SPD Thüringen wollen Thüringen in den nächsten Jahren zum Land der Familienfreundlichkeit machen. Dazu gehört für uns, eine gute Betreuung in den Kindergärten und die beste Bildung in Schulen zu ermöglichen. Der Kindergarten wurde in Thüringen erfunden und unsere Schülerinnen und Schüler schneiden im bundesweiten Vergleich regelmäßig hervorragend ab. Damit das so bleibt, brauchen wir ausreichend Fachkräfte in den Sozial- und Lehrberufen. Dafür müssen wir die Ausbildung kostenlos machen und die Arbeitsbedingungen und Löhne verbessern.

Familien brauchen aber auch mehr Zeit miteinander. Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich und gute Angebote für Familienerholung gehören für uns dazu. Familien in Thüringen sollen in Zukunft die besten Bedingungen vorfinden. Dafür kämpfen wir.

Georg Maier ist stellvertretender Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, Innenminister in Thüringen und Landesvorsitzender der Sozialdemokratie.



Seit 2014 ist Georg Maier in Thüringen Innenminister. Als Minister machte er sich mit einer klaren Kante gegen Rechtsextremismus einen Namen

NIEMAND DARF IM WINTER FRIEREN!

SPD-Landtagsfraktion setzt sich für unbürokratische Hilfe ein

Die Landtagsfraktion hat sich für einen Notfallfonds gegen Energiearmut stark gemacht. Der Fonds wird denjenigen Menschen helfen, die aufgrund der steigenden Energiepreise in eine finanzielle Notlage geraten. Niemand soll auf Strom oder Heizung verzichten müssen oder gar seine Wohnung verlieren. Der gemeinsame Koalitionsantrag wurde bereits beschlossen und die Stiftung „Hand in Hand“ als zuständige Stelle für die Einzelfallprüfung benannt. Wer von massiv steigenden Energiekosten bedroht ist, hat zunächst die Möglichkeit, bei den bereits bestehenden Beratungsstrukturen Hilfe zu suchen – auch deren Ausbau hat der Landtag auf Initiative von R2G beschlossen. Von Verbraucherschutz- bis Schwangerschaftskonfliktberatung – sie alle bieten eine umfassende wirtschaftliche Beratung an, die bei der Suche nach Hilfe Orientierung geben kann. Das ist wichtig, weil es schon jetzt viele Möglichkeiten gibt, staatliche Hilfen zu beantragen, z.B. Wohngeld oder Einmalzahlungen in der Grundsicherung. Wenn im Rahmen dieser Beratung alle anderen staatlichen Hilfen und rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollten und immer noch eine finanzielle Notlage besteht, soll im zweiten Schritt eine Härtefallregelung greifen: der Notfallfonds. Er wurde mit zehn Millionen Euro ausgestattet. Die Mittel sollen im Einzelfall und nach erfolgter Beratung ausgereicht werden, und das Antrags- und Auszahlungsverfahren wird mit Blick auf die besondere Notlagsituation der Betroffenen möglichst unbürokratisch gestaltet sein.

**DEUTSCHLAND
PACKT DAS!**

MIT ENTLASTUNGEN
FÜR DICH.



» WWW.SPD.DE

DAS BÜRGERGELD KOMMT

Größte Sozialreform seit 30 Jahren verspricht mehr Chancen und Respekt

Im Jahr 2005 trat Hartz IV in Kraft. Auf viele undurchsichtige Regelungen im Sozialrecht folgten Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II. Die Reform hatte den Anspruch das Sozialrecht zu vereinfachen, Menschen leichter wieder in Arbeit zu bringen und allen das Existenzminimum zu garantieren. Doch die Reform blieb hinter den Erwartungen und Hoffnungen zurück. Es entstanden Minijobs, Millionen Menschen mussten aufstocken und die Reform wurde zur Last. Das änderte sich erst mit Einführung des Mindestlohns durch die SPD, bei dem sich viele Minijobs in reguläre Beschäftigungen wandelten und das sogenannte Aufstocken mit

Transferleistungen immer mehr abnahm. Jetzt ist es an der Zeit, Hartz IV hinter uns zu lassen. Das Bürgergeld kommt. Mit ihm steigen die Ansprüche, Sanktionen fallen weg und Bürger:innen sind nicht mehr gezwungen, sich vor den Behörden „nackig“ zu machen. Das Recht auf Arbeit rückt in den Vordergrund. Der Sozialstaat wird zum Unterstützer für Menschen, die in Arbeit kommen wollen. Weiterbildungen werden so beispielsweise mehr gefördert. Das neue Credo ist „Arbeit finanzieren, nicht Arbeitslosigkeit.“ Das Bürgergeld ist einer der größten und wichtigsten Reformen in den letzten 30 Jahren. Ab Januar 2023 geht es los!

**HELFFEN
STATT
STRAFEN**

NACHGERECHNET: JA, ARBEIT LOHNT SICH!

Lohnt sich Arbeit mit dem Bürgergeld denn noch? Darüber denken momentan einige nach. Wir haben für eine Familie nachgerechnet:

Bürgergeld	Einkommen
902 € Bürgergeld (zwei Erwachsene)	2.080 € Brutto (1.651 € Netto)
+ 724 € Bürgergeld (zwei Kinder)	+ 499 € Wohngeld (Familie)
+ 767 € Zuschuss (Miete)	+ 474 € Kindergeld
	+ 500 € Zuschlag (Kinder)
= 2.393 €	= 3.124 €

Unser Beispiel bezieht sich auf ein Paar mit zwei Kindern und einem Einkommen in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns von 12 Euro. Dieses Beispiel wird von vielen angeführt, die das Bürgergeld kleinrechnen wollen.

VERBRAUCHERZENTRALE: GUT BERATEN DURCH DIE KRISE

Verbraucher:innen sollten einen kritischen Blick auf Vertragsänderungen und Preiserhöhungen haben

Die Verbraucherzentrale Thüringen ist mit ihrem Beratungsangebot breit aufgestellt. Von Lebensmittel- und Ernährungsberatung sowie Beratungen im Bereich Verbraucherrecht und Finanzdienstleistung bis hin zu Energieberatung werden Thüringer:innen dort gut beraten. Die Expert:innen der Verbraucherzentrale begleiten aktuell viele Hilfesuchende zu Themen im Bereich Heizen, Energieeffizienz und Sparmaßnahmen. Außerdem sind sie die richtigen Ansprechpartner:innen bei Problemen mit dem Stromanbieter oder Gasversorger. Vor allem in der aktuellen Situation sollten Vertragsänderungen im Bereich Energie sorgfältig und kritisch betrachtet werden.

Die Beratungen finden meist vor Ort statt und können zusätzlich nach Terminvereinbarung online oder telefonisch durchgeführt werden. Die Beratungsstellen sind oft mit den dortigen Hilfsorganisationen vernetzt und behilflich Kontakte zu weiteren Institutionen und Ämtern zu vermitteln, da sie den Verbraucher:innen lediglich beratend zur Seite stehen können.

Kleiner Tipp: Die Energiespar- und die Lebensmittelberatung sind kostenlos.

Scannen Sie einfach den nebenstehenden QR-Code mit ihrem Smartphone.



ZAHLEN UND FAKTEN

333

PROZENT

mehr Menschen haben Anspruch auf Wohngeld ab Januar nächsten Jahres. Mit der Wohngeldreform steigt die Anzahl der Berechtigten sprunghaft. Gleichzeitig wird die Beantragung vereinfacht.

140

MILLIARDEN EURO

will die EU mit einer Übergewinnsteuer von den Energiekonzernen abschöpfen. In der Krise machen sie riesige Übergewinne. Die Besteuerung dieser Gewinne kann den Menschen in ganz Europa helfen.

52

MILLIONEN MAL

wurde das 9-Euro-Ticket im Jahr 2022 verkauft. Allen war klar, dass es dafür ein Nachfolgemodell geben muss. Deshalb stellt der Bund 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung und die Länder geben denselben Betrag dazu. Damit wird ein 49-Euro-Ticket ermöglicht. Die Länder können den Preis für bestimmte Gruppen weiter reduzieren.

407

MILLIONEN EURO

Sondervermögen sollen in Thüringen zusätzlich zu den Entlastungspaketen der Bundesregierung Wirtschaft und Menschen entlasten. Das Geld wird gezielt eingesetzt um Kommunen, Vereine, soziale Träger, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser und Privathaushalte zu entlasten. Das hat die SPD durchgesetzt.

WIR MACHEN SOZIALE POLITIK FÜR DICH!

Das Leben besser machen – für viele, nicht für wenige. Das ist die Idee der SPD.

MACH MIT!

» WWW.MITMACHEN.SPD.DE

AUCH SIE KÖNNTEN ANSPRUCH AUF WOHNGELD HABEN

Bundesregierung weitet Wohngeldanspruch wegen Energiekrise massiv aus

Wohngeld ist eine Leistung für Familien mit kleinen Einkommen und wird als Zuschuss zur Miete oder zu den Kosten selbst genutzten Wohneigentums gezahlt. Beantragt wird es schriftlich bei der Wohngeldbehörde und ab dem Monat gezahlt, in dem es beantragt wird. Die Höhe richtet sich nach Personenanzahl, Miete und Einkommen. Wer andere Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Bafög bezieht, hat normalerweise keinen Wohngeldanspruch. Ab 2023 gilt das sogenannte „Wohngeld Plus“. Die Bundesregie-

rung stellt mehr Geld für das Wohngeld zur Verfügung und reagiert so auf die steigenden Energie- und Mietkosten. Im Schnitt verdoppelt sich die Höhe für Berechtigte. Rund 4,5 Millionen Menschen sollen davon profitieren. Dadurch haben mehr als dreimal so viele Menschen wie vorher Anspruch auf Wohngeld. Um den Anspruch zu prüfen, bietet der Bund einen Rechner an.



QR-Code: Wohngeldrechner



GEWINNEN SIE EIN WEIHNACHTLICHES GENUSSPAKET

Wenn es draußen kälter wird und die Tage kürzer, wird es Zeit für einen kuschligen Abend im Kreis der Familie. Eine gute Gelegenheit, gemeinsam zu rätseln und das Lösungswort zu suchen.

Wer das Lösungswort findet und an uns einschickt, hat die Chance auf eine tolle Überraschung. Wir verlosen unter allen richtigen Einsendungen drei Preise.

Als Gewinn für kluge Rätselfüchse winkt in dieser Ausgabe ein winterliches Thüringer Genuss-Paket. Wenn Sie zu den Glücklichen gehören, können Sie sich schon bald, bei einem köstlichen Tee und leckerem Glühwein, Thüringer Lebkuchen- und Schokoladenspezialitäten schmecken lassen. Wer es etwas deftiger mag, kommt mit der Weihnachtssalami auf seine Kosten.

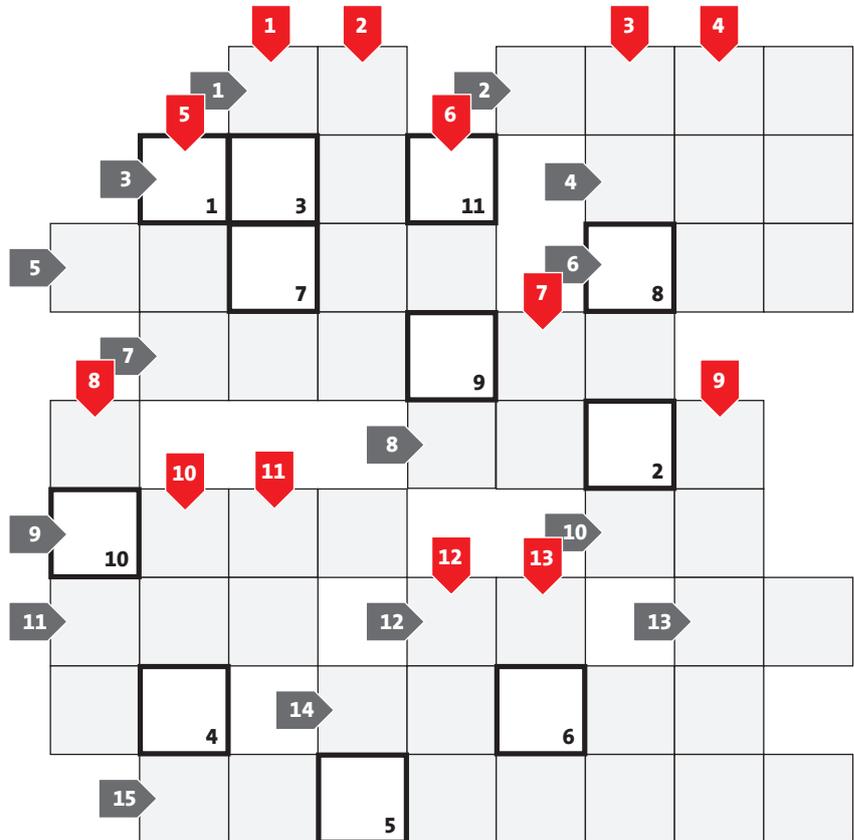
In diesem Sinne: Viel Spaß beim Rätseln und viel Glück!

Mit der Teilnahme am Gewinnspiel willigen Sie in die Erhebung und Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse ein. Wir erheben, speichern und verarbeiten diese personenbezogenen Daten zur Durchführung und Abwicklung des Gewinnspiels und um Sie im Falle eines Gewinns zu benachrichtigen. Eine Weitergabe der Daten an Dritte findet nicht statt. Sie können die Einwilligungen jederzeit durch Nachricht an uns widerrufen. Ihre Daten werden anschließend gelöscht.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Thüringen, vertreten durch Anja Zachow, Landesgeschäftsführerin (V.i.S.d.P.), Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt; Telefon: +49 361 22844-0; E-Mail: thueringen@spd.de; Alle Bildrechte liegen, wenn nicht anders angegeben, bei der SPD Thüringen oder wurden überlassen. Internet: www.spd-thueringen.de Facebook, Twitter, Instagram: @spdthueringen

UNSER THÜRINGEN-RÄTSEL



Waagerecht (grau)

- 1 Abkürzung für Doktor
- 2 Baum, andere Bezeichnung für Zitterpappel
- 3 Hauptstadt von Österreich
- 4 Englisch für Becher
- 5 Schutz von Objekten und Gebieten
- 6 Autokennzeichen Hildburghausen
- 7 Mit einem Skateboard fahren nennt man so
- 8 „Bescheidenheit ist eine ..., doch weiter kommt man ohne ihr“
- 9 Damit konnte man sich früher zur Wartburg hochtragen lassen
- 10 Autokennzeichen Eisenach
- 11 Wichtiger Teil des ÖPNV
- 12 Abkürzung für Südwest
- 13 Persönliche Anrede
- 14 Bär, der Eukalyptus frisst
- 15 Das kann man in Oberhof machen, wenn Schnee liegt

Senkrecht (rot)

- 1 Gegenteil von dünn
- 2 Maßnahmen zur med. Wiederherstellung (Kurzwort)
- 3 Fällt im Winter weiß vom Himmel
- 4 Englische Kneipe
- 5 Fragewort
- 6 Das braucht man zum Fische fangen – und zum mobil telefonieren
- 7 Das legt ein Huhn
- 8 Daran wächst die Weintraube
- 9 Anderes Wort für Lärm, Krach
- 10 Stadt in Südhüringen
- 11 Sächliches Fürwort
- 12 Anziehungskraft, Saugwirkung
- 13 Lebt im Wasser, ist aber kein Fisch

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Schicken Sie das Lösungswort an: SPD Thüringen, Stichwort „Rätsel“, Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt oder per E-Mail an thueringen@spd.de — Einsendeschluss ist der 15. Januar 2023. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



STRALENDE ZUKUNFT IN THÜRINGEN?

Denny Möller: Der Umgang mit Atommüll betrifft auch uns

Denny Möller bei einer Informationsveranstaltung der SPD-Landtagsfraktion zur Endlager-Suche

Nach der jahrzehntelangen Begeisterung über die Nutzungsmöglichkeiten atomarer Energiequellen bleibt heute und in Zukunft ein für menschliche Maßstäbe ewig strahlendes Problem zu lösen. Bis 2080 werden in Deutschland rund 10.500 Tonnen hochradioaktiver Abfall anfallen. Dieser muss sicher für die Umwelt und vor unberechtigtem Zugriff verwahrt werden. Ziel der 2013 bundesweit gestarteten Endlagersuche soll ein auf wissenschaftlichen Kriterien beruhender Suchprozess sein. Nach anfänglicher Einbeziehung der gesamten Fläche der Bundesrepublik für mögliche Standorte, wurden die geologisch ungeeigneten Standorte vermerkt. An den geeigneten Standorten organisiert die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) Informationsveranstaltungen und Teilnehmungsformate für Bürger:innen vor Ort. Ziel ist eine gemeinsame Lösungsfindung auf Grundlage wissenschaftlicher Kriterien sowie der geologischen Rahmenbedingungen für ein Endlager. Derzeit befindet sich die Endlagersuche in der ersten von drei Phasen. In 90 Teilgebieten soll die Eignung für ein Endlager geprüft werden. Darunter befindet sich ein Großteil der Fläche Thüringens, aufgrund ihrer grundsätzlichen Eignung durch Salz- und Granitvorkommen. Es gilt, bis 2031 den tiefeingeologisch geeignetsten Standort im Bundesgebiet zu finden, um hochradioaktive Abfälle für eine Million Jahre einzulagern. Vorher sollen erst die weiteren Auswahlmethoden entwickelt werden zwei von vier dafür ausgewählten Gebie-

ten erstrecken sich z.T. über Thüringen. Thüringer Bürger:innen müssen über die Arbeit des Nationalen Begleitgremiums (NBG) aktiv eingebunden werden. Die Landesbehörden müssen ihren Informationsauftrag ernst nehmen, um Transparenz bei der Endlagersuche zu gewährleisten. Naturschutzverbände wie der BUND und die Naturfreunde Thüringen setzen sich aktiv mit der Endlagersuche auseinander. Bei Fragen können sich Interessierte an diese Verbände wenden oder unter nationales-begleitgremium.de direkt informieren. Auch der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Denny Möller, hat bereits zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen der Atomkraft in Deutschland stellt der Politiker klar, Atomkraftwerke sind keine nachhaltige Energiequelle, weder umweltverträglich noch preiswert. Deutsche Atomkraftwerke sollten nicht länger als unbedingt nötig am Netz gelassen werden, um nicht noch weiteren radioaktiven Müll zu produzieren. Denny Möller verweist darauf, dass ein Großteil der Stromproduktion in Thüringen über Erneuerbare Energien getragen wird und unser Bundesland mit deren Ausbau nicht nur weitere Arbeitsplätze schafft und sichert, sondern eine unabhängige und zukunftsfähige Stromversorgung gewährleistet. So lässt sich auf regionalen Schultern eine umweltverträglichere Wertschöpfung erzeugen, ohne strahlende Altlast.

MEHR ANERKENNUNG FÜR EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Kommunalpolitisches Forum der SPD

Beim kommunalpolitischen Forum der Erfurter SPD am 16.9.22, sprachen Frank Schalles, Ehrenamtsbeauftragter der Stadt, Birgit Pelke, Vorsitzende des Stadtsportbundes und Torsten Frenzel, Vorsitzender des Stadtfeuerwehrverbandes über die Situation der Vereine und Ehrenämter in Erfurt. Gemeinsam mit den Gästen konnte ein Überblick über die Herausforderungen des ehrenamtlich getragenen Breitensports und der Freiwilligen Feuerwehren in Erfurt geschaffen werden. Die daraus erarbeiteten Handlungsvorschläge und Fragestellungen, wird die SPD in der kommenden Zeit als Orientierung nutzen, um die ehrenamtliche Arbeit gezielt zu fördern und auch in Krisenzeiten absichern zu können.



Bei der Veranstaltung „Erfurt spricht“ kamen Ehrenamtliche aus Erfurt zu Wort

SOZIALE ARBEIT PACKT AN

Zum zweiten Sozialarbeiter:innenstammtisch gab Olaf Hopfgarten vom Jugendamt Erfurt einen Input über die Beteiligungsgestaltung, Vernetzung und Umsetzung der Arbeitsvorgänge bei der Jugendhilfeplanung. Das Stichwort. Die Beteiligung von Jugendlichen, Sozialarbeiter:innen und Elternvertretungen bei der Planungsarbeit bleibt essenziell für die gemeinsame Kommunikation von Ämtern mit der Stadt- und Kommunalpolitik. Im Hinblick auf die Projekt- und Förderplanung ist es entscheidend, die Qualität guter Sozialarbeit in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken und sie stabil und planungssicher zu fördern. Soziale Arbeit hat Power, gemeinsam!



Damit ich die Interessen der Erfurter Bürger:innen im Landtag gut vertreten kann, freue ich mich auf den Austausch mit Ihnen!

Sie sind eingeladen auf ein persönliches Gespräch oder ein Telefonat, während meiner Sprechstunden in der „Knetschecke“ (Rathenaustraße 64). Melden Sie sich gerne vorher bei uns, zu welchem Termin Sie vorbeikommen möchten. Sie können mir ebenso gerne eine Mail oder einen Brief schreiben. Gemeinsam mit meinem Team werden wir Sie unterstützen!

Sie erreichen uns telefonisch unter 0361 66340460 und per Mail an info@dennymoeller.de

ERFURT WIRD KLIMANEUTRAL – MIT DIR!

Unterzeichne den Klimaentscheid

Noch bis Ende November kann man das Bürgerbegehren „Klimaentscheid Erfurt“ unterschreiben, um Erfurt bis spätestens 2035 klimaneutral machen.

Dieser Sommer hat gezeigt, wie die kommenden Jahre aussehen werden, wenn jährlich die Erfurter Parks und Wiesen verdorren, sich die Straßenzüge der Innenstadt erhitzen und bestehende Grünflächen der Bodenversiegelung durch Bauvorhaben weichen müssen.

Beim Klimaentscheid Erfurt steht das aktive Engagement im Vordergrund und das gemeinsame Handeln für alle Erfurter Bürger:innen. In Denny Möllers „Knetschecke“ in der Rathenaustraße 64, bei Klimaentscheid-Aktionsständen wie dem gemeinsamen mit dem Klimaentscheid Team und der Juso-Hochschulgruppe an der Universität Erfurt und an vielen anderen Sammelstellen haben Menschen aus Erfurt ihre Unterschriften für das Bürgerbegehren eingetragen. Dieses fordert vom Erfurter Stadtrat, in Verantwortung für die zukünftige Klimaneutralität der Stadt, gemeinsam mit Bürger:innen einen Aktionsplan zu erarbeiten. Die CO₂-Emissionen sollen planmäßig bis 2050 nicht nur um 80 Prozent gesenkt werden, sondern in größtmöglichem Umfang. Weiterführend wird ein Ausgleich der restlichen Emissionen gefordert.

Die aus den veröffentlichten Forderungen hervorgehenden Maßnahmen sollen nach gemeinsamer Planung gezielt umgesetzt werden.

Wichtig! Bis zum 30.11.22 werden in allen angemeldeten Sammelstellen Unterschriften aufgenommen.



Auch Denny Möller wirbt für den Klimaentscheid



KEIN PLATZ FÜR NAZIS IN ILVERSGEHOFEN

Jetzt braucht es Haltung - auch von der Verwaltung

Nachdem die neonazistische Kleinstpartei „Neue Stärke Erfurt“ (NSP) das Büro ihrer neueröffneten Bundesgeschäftsstelle in einem Industriegebiet im Südosten Erfurts wieder verloren hat, weil der Eigentümer der Immobilie von den Machenschaften dieser Organisation erfuhr, häufen sich nun Vorfälle in Ilversgehofen. Die Neonazis nehmen unter ihrem neuen Rädelführer die kulturelle Vielfalt und die vielfältige Jugendkultur in den Fokus ihrer menschenverachtenden Gewaltbereitschaft. Eine Immobilie in der Salinenstraße und eine Wohnung in der Altstadt sollen als Ausgangspunkt dafür dienen. Insbesondere das Autonome Jugendzentrum (AJZ) und seine Mitarbeiter:innen wurden von den Neonazis schon mehrfach mit Gewalt angegriffen und antisemitischer Hetze bedroht.

Es kommt immer wieder zu nächtlichen Übergriffen, Provokationen und Gewalttaten seitens verummter Neonazis. Die rassistischen Übergriffe machen keinen Halt vor Familien und Kindern. Auch sie werden als Feinde definiert. Weitere solcher „Aktionen“ kündigte die Neonazipartei bereits online an, unter anderem mit dem Hashtag #Kampfkultur. Ende September zeigten sich die Neonazis zu einem Aktionstag, um an drei verschiedenen Orten in Ilversgehofen ihre rechtsextreme Propaganda zu verkünden. Die Stadt Erfurt und ihre Bürger:innen müssen klare Zeichen gegen rechte Gewalt setzen. Dafür trägt die Stadtpolitik eine besondere Verantwortung. Demokratiefeindlichkeit und Menschenverachtung jeglicher Art hat in Ilversgehofen und in der ganzen Stadt keinen Platz.

ENERGIEKOSTEN: WAS TUN?

Hier gibt es Tipps für Hilfe in der Krise

Mit Angeboten zur Energiesparberatung, Energierechtsberatung steht die Verbraucherzentrale Thüringen allen Erfurter Bürger:innen bei Fragen zur Betriebskosten-, Strom- und Heizkostenabrechnung zur Verfügung. Über das ausführliche Onlineangebot unter vzth.de gibt es Informationen zu aktuellen Energiepreisen, Wegbeschreibungen zu Beratungsstellen, außerdem Musteranträge, kostenlose online- und telefonische Beratungsangebote. Rund um das Thema Energiesparen, zu hohe Strom-/Heizkosten, Wärmedämmung und Heizsystemen können sich alle Mieter:innen und Hausbesitzer:innen informieren.

Neben den persönlichen Beratungen der Fachleute am Willy-Brandt-Platz 1 ist eine Begutachtung und darauf ausgelegte Beratung in der eigenen Immobilie möglich. Wohngeldbeziehende können sich an die Caritas wenden und bis zu 150€ Zuschuss für eine solche Beratung erhalten. Die Familien- und Frauenzentren, sowie die Stadtteilzentren in Erfurt sind wichtige Anlaufstellen, auch für Azubis, Student:innen und Rentner:innen die in der aktuellen Situation Hilfe brauchen.

Der QR-Code führt zur persönlichen Beratung in Erfurt.

